

Griff nach dem Balkan

EU will nach Südosteuropa expandieren

Roland Zschächner

Es war eine Randnotiz vom Treffen der EU-Innenminister am Donnerstag in Brüssel: Die Ressortleiter haben die im Februar vorgestellte »Westbalkanstrategie« angenommen. Nur Bundesinnenminister Thomas de Maizière murrte anschließend ein wenig. Erst müsse das als »Vorgaben« bezeichnete Diktat aus Brüssel in den jeweiligen Ländern umgesetzt werden, bevor über den für 2025 in Aussicht gestellten Beitritt entschieden werden könne. Am Freitag legte sein Parteifreund David McAllister nach. Die Region müsse jetzt stärker an die Europäische Union gebunden werden, erklärte der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses im EU-Parlament in Springers *Welt*. Für Konzerneuropa geht es auf dem Balkan um viel – nicht zuletzt darum, ihn gegenüber anderen Staaten als eigene Einflussosphäre abzusichern.

Dem vorausgegangen war im vergangenen Jahr eine kleine Medienkampagne, die das Schreckgespenst neuer Gewalt auf dem Balkan heraufbeschwor. Dies hatte zwar nichts mit der Realität vor Ort zu tun, doch rückte die Region wieder in den Blick der Öffentlichkeit. Hintergrund war, dass die USA, Russland und im geringeren Maße auch die Türkei und China zu Widersachern auf dem Balkan herangewachsen sind. Vor allem Washington hat die Vormachtstellung der EU durch die NATO-Mitgliedschaft Montenegros und die Installierung einer US-hörigen Regierung in Mazedonien offensiv in Frage gestellt.

Nun soll mit Hilfe der von EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker vorgelegten »Westbalkanstrategie« verlorenes Terrain zurückgewonnen werden. Serbien, Albanien, Bosnien und Herzegowina, Montenegro, Mazedonien und Kosovo soll damit eine »europäische Zukunft« aufgedrückt werden. Dies sei »eine geostrategische Investition in ein stabiles, starkes und geeintes Europa«, wie es in dem Papier heißt. Die Zeit scheint zu drängen. Standen am Donnerstag bei de Maizière und seinen Amtskollegen vorrangig sicherheitspolitische Aspekte im Vordergrund, geht es der EU vor allem darum, die Region, die selbstherrlich als Hinterhof betrachtet wird, vollständig unter die Kontrolle Brüssels und somit unter deutsche Befehlsgewalt zu bringen – und zwar auf Dauer.

Ein Mittel dazu sind die »Beitrittsverhandlungen« mit der EU. Was harmlos klingt, zielt auf nichts anderes ab, als die staatlichen Institutionen sowie die einzelnen Volkswirtschaften derart umzugestalten, dass sie nur noch als Anhängsel des omnipotenten deutschen Hegemons funktionieren können. Als Peripherie würden die Balkanländer zu verlängerten Werkbänken und Absatzmärkten westlicher Konzerne degradiert, die ökonomische Dominanz der Bundesrepublik

sowie die daraus abgeleitete militärische sowie politische Vormacht würde weiter verfestigt. Keine guten Aussichten für die ehemals sozialistischen Länder. Vor allem weil sie gleichzeitig jeder Möglichkeit einer eigenständigen Entwicklung beraubt wären.

<https://www.jungewelt.de/artikel/328759.griff-nach-dem-balkan.html>